K-4 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.12.2020
Tagesordnungspunkt:	K-4 Kapitel 4

4. Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen

Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den Kleinsten, in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung, bis zu Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind der festen Überzeugung: Berlin muss Stadt der Innovation, Nachhaltigkeit und der Zukunft werden. Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft aufgemacht und investiert: in Innovation, in Klimaschutz und in mehr Solidarität.

Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise

Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur- und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war es wichtig, den Tausenden Menschen, Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden – mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit

Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für kreative Honoraruntergrenzen eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Chancen-Programm“ auf den Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und verbunden mit Ausbildung und Qualifizierung.

Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten

Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist unser Ziel und dazu werden wir den Erzieherberuf attraktiver machen und Schule als Team aus Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support und vielem mehr aufstellen. Den Schulalltag wollen wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren. Wir wollen eine Kultur des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen und gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer

Schule lernen. Nur so schaffen wir ein durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern, unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue Chancen bietet.

Wissen schafft Zukunft

„Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen. Wir stehen fest an der Seite unabhängiger Wissenschaftler*innen. Mit der Förderung der elf Zukunftsorte Berlins – vom Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park in Marzahn – vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich. An Berlins Hochschulen braucht es eine gute Finanzierung und gute Arbeitsbedingungen. Mit diesem Anspruch haben wir schon 2016 die Arbeit in der Koalition aufgenommen und von 2018 bis 2022 den Landeszuschuss jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Wichtige Schritte auf einem Weg, den wir in den kommenden Jahren fortsetzen wollen.

Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt

Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin. Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen Plätzen und in Parks.

Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft, in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

4.1 Wirtschaften für die Zukunft

Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle Dax- und zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlinangesiedelt.

Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO_2-Emissionen.

Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige, Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu

leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt. Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in den elf Zukunftsorten macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten.

Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute. Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung. Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. In der Siemensstadt 2.0. wird gezeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt werden kann.

Berlin für Fachkräfte attraktiv halten

Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen. Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von Fachkräften.

Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Zugleich gilt es die Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung zu stärken. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten

Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn weitergehen und Druck machen.

Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit

Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die Energiewende Lösungen entwickeln. Dass Tesla auf die Hauptstadtregion setzt, ist kein Zufall: Klimaschutz ist ein Motor der Berliner Wirtschaft geworden.

Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit" wollen wir noch mehr Anreize setzen. Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird.

Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Wir unterstützen sie mit festen Partner*innen in der Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen!

Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen

Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von Klimaneutralität.

Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und der Gemeinwohl-Bilanz inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil

Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen". Diese Unterstützung und Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme verstärken.

Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von Frauen. Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen.

4.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue Wege

Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände angegangen.

Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir große Schritte nach vorne gemacht. Während der allgemeine Mindestlohn unter der 10-Euro-Schallmauer festhängt, sind in Berlin 12,50 Euro in Landesunternehmen und bei öffentlichen Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für einen Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden den Landeszuschuss für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ verknüpfen und die Mittel dafür anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir mehr Lehrkräfte fest angestellt. Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin bundesweit Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen geschaffen und viele Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende der Legislaturperiode werden Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Als es darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt, dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe.

Neue Wege in Arbeit ebnen

Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns besonders fokussieren.

Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Möglichkeiten, Menschen, die lange keiner Erwerbsarbeit nachgegangen sind, den Wiedereinstieg zu ermöglichen – im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt, leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt

Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

Alleinerziehende in Arbeit bringen

Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur eigenständigen Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln, vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in Arbeit", das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam entwickeln – mit Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

Ausbeutung bekämpfen

Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren. Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser Machenschaften. Sie schuften auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet, häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es Migrant*innen-Selbst-Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken. Wir wollen diese Arbeit verstärken, indem wir Beratungsstellen sicher finanzieren und vernetzen, auch mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

4.3 Familien – Verantwortung für Klein und Groß

Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind Alleinerziehende, Großfamilien, Ehepaare mit ihren Kindern, Allein- oder getrennt Erziehende, Patchwork-Familien in all ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von ihren Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder geflüchtete Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder für die Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

Kinderrechte stärken: Wahlalter senken

Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene, gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen.

Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb muss das Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.

Gleichberechtigung heißt neue Chancen für Frauen, Männer und Familien

In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit, stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr

Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell aufgewertet werden.

Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht nehmen. In Berlin werden wir das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung abzubauen.

Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit. Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und Nerven. Mit unserem Familienfördergesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist, sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin

Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen, flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren

Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf allen Geburtsstationen auf den Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten: Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie Familienzentren oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten bereits jetzt über die „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldner*innenberatung oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und sich – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien eine ganzheitliche Beratung erfahren.

Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

Kinder mit Behinderung und ihre Familien fördern

Familien, die Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten großziehen, stehen häufig vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon. Sie zu unterstützen liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen deshalb den öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung betroffene oder bedrohte Kinder. Dies brauchen wir genauso für pflegende Kinder und Jugendliche, die sich neben ihrer schulischen Ausbildung um ihre Eltern kümmern und damit häufig viel mehr Verantwortung übernehmen als Gleichaltrige.

Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen

Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar noch nicht weiß, ob er*sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der Kinder konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist, wollen wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden. Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienfördergesetz werden wir dazu umsetzen.

Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht

Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit verbessern und mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle Täter*innen werden wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die spezifischen Bedarfe von LSBTIQ* legen und die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten.

Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

4.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder

Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität. Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder

Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen leisten Großartiges, und das unter häufig schwierigen Bedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da sind. Doch viel zu oft sind Erzieher*innen-Stellen in Kitas unbesetzt, und durch Krankheit und Urlaub der Kolleg*innen kommt es immer wieder zu Engpässen. Denn in der gesetzlichen Personalausstattung sind Urlaube oder durchschnittliche Krankheitstage nicht mit eingerechnet. Wir fordern deshalb, dass die Personalausstattung dahingehend erweitert wird, dass sie die differenziertere Kind-Fachkraft-Relation berücksichtigt und dass dabei zum Beispiel Krankheits- und Urlaubszeiten sowie Fortbildungszeiten zusätzlich mit hinzugerechnet werden, so dass sich die realen Bedingungen in den Kitas besser abbilden lassen. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Um alle Stellen tatsächlich besetzen zu können, brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf attraktiver werden. Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in die Berechnung des Personalbedarfs einbeziehen. Denn nur wenn Erzieher*innen ausreichend Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und nicht zuletzt auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von Quereinsteiger*innen muss sich bei der Berechnung der Personalstunden entsprechend niederschlagen.

Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang

Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer wieder fortzubilden, sind Voraussetzung für Qualität. Wir haben in den vergangenen Jahren die Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weitergehen und die Ausbildung – wie in anderen Ausbildungsberufen üblich – entlohnen. Um die Fachschulen weiter zu verbessern, wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir wollen Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen zu erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

Mehr Qualität in Berlins Kitas

Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, neue Konzepte, Monitoring und mehr Elternzusammenarbeit und deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim Einsatz von digitalen Medien in der frühkindlichen Bildung.

Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten

Das zweite Nadelöhr ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem wollen wir in Zukunft alle Träger bei der Suche nach Flächen und Räumen unterstützen, u. a. mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem Neubauinvestitionsprogramm. In Zusammenarbeit mit IHK, HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas gezielt angehen.

Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig. Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen.

Sprachförderung und Vielfalt in der Kita

Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“ systematisch die Ausweitung der Sprachförderung in allen Kitas angehen. Stark in die Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuarbeiten – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die Vielfalt der Gesellschaft auch im Personal der Kita widerspiegelt.

Schutz von Kindern vor Missbrauch

Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von Kindesmissbrauch, die jüngst Schlagzeilen gemacht haben, zeigen den Handlungsbedarf. Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das zu verbessern, wollen wir auf Landesebene konkrete Vorgaben zur Zusammenarbeit erarbeiten.

Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche

Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf der Angebot und Nachfrage nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent dargestellt werden. Wir wollen, dass Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von Plätzen für Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen. Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden lediglich nicht mehr selbst die Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit sparen, da im jetzigen System viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders schon einen Platz haben, und auch

für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen damit endlich der Vergangenheit angehören.

Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildeten Erzieher*innen und guten Räumen. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf es keine Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in Qualität zu investieren – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

4.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen

Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern orientieren. Corona hat gezeigt, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu kennen, soziales Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen. Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.

Mitbestimmung statt Mitsprache

Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren lernen. Deshalb wollen wir spielerischem Lernen und Eigenverantwortung deutlich mehr Platz im Schulalltag einräumen. Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback überzugehen. Wir unterstützen Schüler*innen-Haushalte und wollen, dass Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können, zum Beispiel bei der Mitgestaltung ihrer Schulen und Kieze.

Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen

Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariate bis zu Quereinsteiger*innen aus verschiedensten Fachrichtungen. Schule so als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Diversität im Team Schule ist für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe von Quereinsteiger*innen sind hierbei ein Gewinn. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu machen, verbessern wir den Zugang von Menschen aus anderen Fachrichtungen zum Schuldienst. Die Arbeitszeiten von Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen, Fortbildungen und Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen wollen wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern.

Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir ausbauen, genau wie die berufsbegleitende Ausbildung von Quereinsteiger*innen. Die Wissensgesellschaft von morgen braucht Lehrkräfte und diese müssen heute ausgebildet werden. Und zwar auch als Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen, damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen können.

Schulen bauen – am besten aus Holz

Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher und flexibler. Darauf setzen wir. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen Schulhöfe auch am Wochenende offen sein und einen Ort der Begegnung im Kiez bieten. Es braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur Nutzung der Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und organisatorischer Unterstützung.

Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch BVV-Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere, gemütliche Lernumgebung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu aufgestellt, in einem ersten Schritt durch höhere Qualitätsstandards bei der Ausschreibung. In einem zweiten Schritt prüfen wir, wie das Ziel der vollständigen Rekommunalisierung der Schulreinigung bis 2026 umgesetzt werden kann.

Schule for future!

Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen, Gebäude mit hohen Öko-Standards, das Querschnittsthema Nachhaltigkeit und Fragen der Umwelt- und Naturbildung deutlich stärker verankern. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den Schulen anschaulich zu verankern.

Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz

Berlins Kinder sind mehrsprachig und haben damit vielen Altersgenoss*innen gegenüber einen unschätzbaren Vorteil. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht in Herkunftssprachen ausbauen. Damit Schüler*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte und Lehrkräfte of Color gewinnen. Außerdem achten wir die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und werden das Berliner Neutralitätsgesetz abschaffen. Dabei fangen wir mit den Schulen an. Wir wollen klare Beschwerdewege im Fall von Diskriminierung an Schulen schaffen, Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, die über Rassismus,

Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus aufklären, und im Lehrplan eine kritischere Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Stereotypen verankern.

Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen

Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc, Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir mit unserer „Qualitätsoffensive Grundschule“ an allen Berliner Grundschulen für bessere Lernbedingungen sorgen und insbesondere dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur Weiterentwicklung der Schule, und zusätzliche Verwaltungsstellen in die Hand nehmen und Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle Kinder gleichermaßen verankern. Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt, weiß, dass es hoch kompetitiv zugeht. Beherzter Schulneubau und eine Personalplanung mit Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten an den bislang grundständigen Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der siebten Klasse. Um den Prozess der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu stärken, wollen wir mindestens 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachfrage im Losverfahren vergeben und prüfen, wie durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren die Heterogenität an Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden kann. Damit stärken wir die freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem Notenschnitt.

Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Deshalb werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in schwieriger Lage entwickeln. Dazu gehört auch guter Ganztag, der mehr ist als Betreuung. Dafür wollen wir den Ganztag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern sowie den Personalschlüssel im Ganztag erhöhen, um ihn zu einer echten Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Mit der Öffnung in den Kiez soll Schule auch zum Ankerpunkt für Eltern werden – damit Lehrer*innen und anderes pädagogisches Personal in engem Austausch mit Eltern stehen und ihre Perspektive einbinden sowie auf der anderen Seite Eltern beratend zur Seite stehen.

Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als eine der vier Regelschulen definiert wurde. Die Umwandlungen und Neugründungen von qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel mit finanziellen Mitteln für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer Oberstufe.

Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle Kinder. Wir wissen um die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal auf einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen Gymnasien künftig nicht nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen an ihrer Schule so unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.

Grüne Bildungspolitik setzt zuerst auf ein starkes öffentliches Bildungsangebot. Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative und innovative Lernformen aus. Erfolgreiche Konzepte wollen wir deutlich stärker in öffentliche Schulen tragen. Um die Heterogenität unter den Schüler*innen zu stärken, wollen wir mit Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammen daran arbeiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln.

Berufliche Bildung ist genauso viel wert wie Allgemeinbildung

Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Zusammen mit Ausbildungspartner*innen wollen wir im Rahmen von Lernwerkstätten und Projekttagen praktische, berufliche Angebote an allen Schulen als Regelangebote etablieren. Die Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir stärken. Sie bieten nicht nur den Übergang zur Berufsausbildung und leisten den schulischen Teil der dualen Ausbildung, sondern bieten auch die Chance, Schulabschlüsse nachzuholen und sind in der Integration von geflüchteten und zugewanderten Schüler*innen äußerst erfolgreich. Der Zugang zu wissenschaftlicher Hochschulbildung steht sowohl Menschen mit einer allgemeinen Schulbildung als auch jenen mit einer Berufsausbildung offen.

Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ohne Anschlussperspektive ein, das in den Oberstufenzentren angeboten wird. Auch wer eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde. Und vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht eigenständig erschlossen haben.

Digitale Lernkultur und Digitalkompetenz in Berlins Schulen fördern!

Wir haben erlebt, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf gestellt hat. Dabei wurde vor allem deutlich, wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen müsste doch eigentlich längst Alltag sein! Wir wollen Schulen dabei unterstützen, datenschutzkonforme und zugleich spielerische Programme, Apps und Lernsoftware mit dem Unterricht zu verzahnen und digitale Lernkonzepte im Unterricht zu verankern. Wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche verstehen, wie Algorithmen funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche Chancen, aber auch Gefahren und Möglichkeiten zur Manipulation durch das Internet entstehen. Kinder und Jugendliche brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und soziale Einbettung, um sicher und selbstständig digital zu lernen. Dazu wollen wir Lehrkräfte fortbilden, die IT-Unterstützung für alle Schulen ausbauen, jede Schule soll ein leistungsstarkes Glasfasernetz, WLAN, Laptops und andere Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gelder aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner Schulen fließen. Neben den IT-Administrator*innen, die sich um die Technik kümmern, wollen wir den Schulen sogenannte EdTech Coaches zur Verfügung stellen, die die Kolleg*innen bei der Integration von webbasierten Medien in ihren Unterricht unterstützen. Außerdem werden wir die Fortbildung zu einer Art EdTech Coach für Schüler*innen weiter ausbauen und ein Digitalinstitut für den Austausch von Best Practices in Schulen und mit den bezirklichen Medienkompetenzzentren etablieren. Und es braucht mehr Forschung: Was ist gutes webbasiertes

Lernen? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Nur mit dieser Grundlage kann digitale Bildung der Zukunft gelingen.

4.6 Unabhängig Wissen schaffen – gute Bedingungen für die Berliner Hochschulen

Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie können Antworten auf zentrale Herausforderungen unserer Stadt liefern und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und freien Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen und das WissenschaftsForum am Gendarmenmarkt ausbauen.

Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren

Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und bedarfsgerecht umgestalten. Der Sockelbetrag soll deutlich steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner Hochschullandschaft widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir Kooperationen stärken. Besonders werden wir darauf achten, den Weg zu besseren Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen von den Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir deutlich mehr Dauerstellen im Mittelbau schaffen und einen berlinweiten Codex für gute Arbeit in der Wissenschaft vereinbaren. Im Dialog mit den Hochschulen wollen wir ein finanzielles Anreizsystem für gute Leistungen in der Lehre entwickeln, um der Lehre und der Forschung gleichermaßen Rechnung zu tragen. Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für drittmittelfinanzierte Forschung, um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche wie die Zivilklausel tatsächlich umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch, Tierversuche (im Sinne von 3R) durch Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

Selbstverwaltung als Grundprinzip

Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die Partizipationsmöglichkeiten aller dieser Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und in einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dafür werden wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium, das über die Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule beschließt, einführen. Neu zu schaffende Hochschulreferate unterstützen die qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder.

Zugang zu Hochschulen öffnen

Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium sowie flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich einführen. Wir kämpfen für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für den

eigenen Bildungsweg eröffnet. Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern bauen wir weiter aus. Mit neu zu schaffenden Diversity-Beauftragten und der stärkeren Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden personellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und fit für die diverse Gesellschaft.

Berliner Hochschullandschaft vernetzen

Die reiche Berliner Hochschullandschaft kommt erst richtig zum Tragen, wenn wir die Hochschulen auch in der Lehre zusammendenken. Wir wollen Studierenden neue Möglichkeiten eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen, seien es Fachhochschulen oder Universitäten, wollen wir ausbauen. Die damit einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes, transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen

Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Die Innovationen der Berliner Nachhaltigkeitsforschung wollen wir mit den kreativen Potentialen der Stadtgesellschaft zusammenbringen. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten transparent anderen Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen sich daher im Rahmen unserer „Open Science Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesseitig durch die erforderliche Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen Bibliotheken beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und damit Verbraucherschutz, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ressourcenverbrauch verbinden. Zudem wollen wir die Plurale Ökonomie stärken, um eine Lehre von vielfältigen Theorien der Wirtschaftswissenschaften nebeneinander zu ermöglichen.

4.7 Mehr als Nullen und Einsen – Berlins Zukunft ist digital

Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben.

Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark, sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die Energiewende Lösungen entwickeln.

Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir

erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und wirtschaftliche Dynamik.

Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern

Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte – eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by design", schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in denen Verwaltung und Berlins landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab bringen Landesunternehmen Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste Smart-City-Projekte um. Essentiell ist es auch, im Bereich OpenSource-Coding und IT-Beratung eigene zentrale Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu bekommen, und nicht von teuren Berater*innen abhängig zu sein.

Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt

Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen, für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-Hauptstadt" näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

Open Data

Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind Antreiber der Wirtschaft im digitalen Zeitalter. Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste für Bürger*innen zu entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen Verwaltungen Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und

Open Data fortgebildet werden, und dass so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen Teilen der Verwaltung ausgebaut wird. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr einheitliche Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und kreativen Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner Transparenzgesetz.

Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance

Datenschutz ist kein einfaches Thema und in der Verwaltung, bei Unternehmen und Privatpersonen fehlt es oft an Wissen über Rechte und Pflichten. Wir wollen bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit deshalb eine Servicestelle Datenschutzberatung schaffen, die die Verwaltung unterstützt, an die sich aber auch Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen wenden können.

Jede Maßnahme der Verwaltung produziert Daten – und muss deshalb einer Datenschutzfolgenabschätzung (DSFA) unterzogen werden, um Verbraucherschutz zu gewährleisten. Wir wollen dieses Verfahren partizipativer gestalten. In einem Pilotprojekt wollen wir 100 dieser DSFA-Verfahren aus allen Senatsverwaltungen öffentlich zugänglich machen. So entsteht ein Wettbewerb um weiter verbesserten Datenschutz, der die Ideen und die Anliegen der Öffentlichkeit einbezieht. So entstehen neue Chancen, die Vorteile der Digitalisierung mit Sicherheit der Daten verknüpfen.

Immer wieder gibt es Angriffe und illegale Zugänge zu öffentlichen Datenbeständen. Wir wollen das Know-how der zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen und Unternehmen in Berlin bündeln, um solchen Angriffen besser entgegenzutreten. Wir wollen das Computer Emergency Response Team (CERT) zu einer unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit weiterentwickeln – und das in einem IT-Sicherheitsgesetz verankern.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität

Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür.

2. Klimafreundliche Landesunternehmen

Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für Kreislaufwirtschaft und Holzbau beim Neubau unserer landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

3. „Berliner Chancen-Programm“ – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner Chancen-Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die Möglichkeiten

aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds und die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000 Stellen gefördert werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken das Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

4. Gute Kita – beste frühkindliche Bildung: mehr Personal, einfache Platzsuche

Für einen guten Start ins Leben ist frühkindliche Bildung essentiell. Kitas, in denen Kinder liebevoll betreut und individuell gefördert werden, sind dafür ein entscheidender Baustein. Wir wollen deshalb mit einer neuen Berechnungsgrundlage für den Personalschlüssel mehr Erzieher*innen in die Kitas bringen sowie mit mehr Nachdruck beim Kitaausbau und bei der Personalgewinnung dafür sorgen, dass alle Kinder in Berlin einen Platz an einer für sie passenden Kita in ihrem Kiez bekommen. Mit einem zentralen Tool zur Kitaplatzvergabe, das sowohl Eltern- als auch Kitawünsche weiterhin ermöglicht, gestalten wir die Kitaplatzsuche für Eltern und Kitas gleichermaßen wesentlich entspannter und effizienter.

5. Digitalisierung in Schulen vorantreiben

Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist überfällig. Dafür brauchen alle Berliner Schulen dringend einen Glasfaseranschluss, funktionierendes WLAN sowie Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte. Das Land Berlin soll mit einem landeseigenen Unternehmen den Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Ein Digitalinstitut soll darüber hinaus die Arbeit der bezirklichen Medienkompetenzzentren und Schulen vernetzen und eine zentrale Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen soll in den Unterricht integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur den selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges Lernen einüben, sondern auch fit gemacht werden im kritischen Umgang mit digital zur Verfügung gestellten Informationen und lernen, Fake News als diese zu erkennen. Digitalisierte Schule trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag des Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.